



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 19. bis 25. September)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 19. bis 25. September)

Innere Politik

Beginn des Wahlkampfes — Die deutsche Sozialdemokratie — Ihre Beziehungen zur russisch-jüdischen Revolution — Entschluß der Nationalliberalen in Düsseldorf — Schlußsitzungen des „sterbenden“ Reichstags — Aufgaben der Herbsttagung — Der Wechsel in Posen — Herr v. Waldow — Erzellenz Schwarzkopff

Mit Ausgabe der Parole auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Jena hat wie erwartet der Wahlkampf begonnen, aus dem der kommende Reichstag entstehen soll. Die Presseerörterungen über Bebels Sirenenfänge haben gezeigt, daß man auch im linksliberalen Lager deren Wert richtig erkannt hat. Das amtliche Organ der Fortschrittlichen Volkspartei hat es unverhohlen ausgesprochen, daß es der Sozialdemokratie noch immer durchaus mißtraue. Und das ist gut. Die Sozialdemokratie hat sich noch nicht soweit gemauert, daß man sie eine Reichs- oder nationale Volkspartei nennen könnte, die die Wahrnehmung der reichs-deutschen Interessen auch als ihre Aufgabe auf internationalem Gebiet betrachtet. Noch haftet ihrem politischen Streben zu viel märzliches an, das den Interessen des Reichs direkt zuwiderläuft. Wenn wir auch nicht zu denen gehören, die da annehmen, die deutsche Sozialdemokratie würde bei Ausbruch eines Krieges das Land revolutionieren können oder auch nur wollen, so lehrt der Augenschein doch, daß sie in Friedenszeiten noch nicht das richtige Augenmaß für die wahren Interessen des Reichs gefunden hat. Hier und da dämmert es zwar in ihren Reihen, aber auf solche sporadisch auftretenden Erscheinungen darf sich eine Regierung in ihrer Politik nicht stützen. Vertrauen kann die Partei sich erst durch längere positive Mitarbeit im Parlament erwerben. Je mehr und je gründlicher sie daran Anteil nimmt, um so eher wird sie auch auf den Weg gelangen, von dem aus sich allein Verständnis für die historischen Grundlagen des Reichs und damit Preußens gewinnen läßt. Das kann aber noch Jahre währen, weil sich die Tradition eines halben Jahrhunderts nicht mit der Rede eines Führers aus dem Herzen vieler Tausender auslöschen läßt. Das muß von den bürgerlichen Parteien beachtet werden. Eine Partei, die dem Reich nicht die Mittel gewährt, um die militärische und maritime Rüstung instand halten zu können, verkennet die historische Mission Deutschlands und darf insofgedessen nicht zur herrschenden Partei im Reichstage gemacht werden. Sollte aber die Sozialdemokratie einmal zur Erkenntnis der Notwendigkeit unserer Rüstungen kommen, dann wäre auch

der erste Schritt getan zur Anerkennung der Notwendigkeit des monarchischen Staatsprinzips für Deutschland. Denn beide, das stehende Heer und die Monarchie, sind, will man die Staatsorganisation Deutschlands allein verstandesmäßig und ohne die romantischen Imponderabilien bewerten, die von der Nation als solcher untrennbaren Garantien für das Bestehen des Reichs und für das Wohlbefinden der Nation.

Abgesehen von den dogmatischen Gründen, wird die deutsche Sozialdemokratie an der Entwicklung zu einer Reichspartei gehindert durch die noch immer vorhandenen starken Beziehungen zur russischen Revolutionspartei und damit zur jüdischen Intelligenz in Rußland. Die Beziehungen zu den entsprechenden Parteien der westeuropäischen Länder sind von geringerer Bedeutung. Durch die Orientierung nach Osten strömt der deutschen Sozialdemokratie soviel Unkultur und soviel Barbarei zu, daß sie dadurch belastet mit den Kulturerrungenschaften in Deutschland nur schwer Schritt zu halten vermag. Alle Beurteiler der Sozialdemokratie, auch deren Freunde, wie z. B. Werner Sombart und Villy Braun, stimmen darin mit mir überein, wenn sie auch andere Gründe für die Kulturlosigkeit der Partei angeben, meist Gründe, die übrigens auch bei allen bürgerlichen Parteien das Kulturniveau erheblich drücken und zwar umsomehr, je straffer diese organisiert sind. Die deutschen Sozialdemokraten haben den russischen Revolutionären seit Jahren in ihrem Kampf gegen das absolutistische System geholfen. Solange der Kampf drüben nicht zu Ende, solange vor allen Dingen die russischen Juden den bisherigen Beschränkungen unterworfen bleiben, solange scheint die deutsche Sozialdemokratie sich moralisch verpflichtet zu fühlen, die Interessen des Reichs hinter die der russischen Revolutionäre zurückzustellen. Daß eine Rosa Luxemburg noch heute solchen Einfluß auf die Partei ausüben kann, wie er in Viena zutage getreten ist, illustriert meine Ausführungen hinreichend.

Unter den eben gekennzeichneten Verhältnissen wird es gewiß allen patriotisch gesinnten Männern schwer fallen, den Entschluß der Nationalliberalen, den Wahlkreis Düsseldorf bei der Nachwahl den Sozialdemokraten preisgeben zu wollen, gutzuheißen. Dennoch sind eine ganze Reihe von Momenten in Betracht zu ziehen, die, wenn sie auch mehr auf dem Boden des Parteikampfes und der Parteitaktik zu finden sind, geeignet erscheinen, das Verhalten der nationalen Mittelpartei verständlich und ratsam zu machen. Die nationalliberale Partei hat sich seit 1907 besonders im Kampf gegen den Ultramontanismus engagiert und würde ohne Zweifel viel Vertrauen bei ihren Wählern einbüßen, wollte sie bei der ersten Gelegenheit, die sich bietet, den ultramontanen Kandidaten zu bekämpfen, eine entgegengesetzte Parole ausgeben. Die Lage der Parteileitung wäre im vorliegenden Falle um so peinlicher, als ein Sieg des Zentrums gegen die vereinigten Sozialisten und Demokraten wohl nur unter Aufwendung einer großen Energie von Seiten der Nationalliberalen möglich gemacht werden könnte, daß also die eben noch als Reichsfeinde bekämpften Ultramontanen plötzlich als staatsrettende, sonst harmlose Volksgenossen dargestellt werden müßten. Neben diesen Erwägungen aber erscheint die Gelegenheit in Düsseldorf auch besonders günstig, um der Zentrumspartei eine Warnung für ihr späteres Auftreten bei den großen Wahlen zu geben. — In der konservativen Presse ist man naturgemäß ob des Entschlusses der Nationalliberalen verschuppt und sucht eine Änderung noch in letzter Stunde

möglich zu machen. Man argumentiert, die Zentrumsparlei habe schließlich noch in keiner großen nationalen Frage versagt, sie habe vor allem den ruhigen und sicheren Gang der Gesetzgebungsarbeit gewährleisten helfen, während die Sozialdemokraten jede nationale Frage bekämpft hätten. Wenn sich auch über die nationale Haltung des Zentrums streiten läßt, kann man die Auffassung der Konservativen doch nicht ganz von der Hand weisen. Dennoch erscheint uns das Verhalten der Nationalliberalen praktisch und durch die besonderen lokalen Verhältnisse in Düsseldorf auch als gerechtfertigt.

Es wird nun von der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage während der Herbsttagung des alten Reichstags abhängen, wie sich die fernere Stellung der bürgerlichen Mittelparteien zu den roten und schwarzen Parteien in den Wahlen gestalten kann. Wir würden es sehr warm begrüßen, wenn die Reichsregierung es möglich machen könnte, die sozialdemokratische Fraktion noch mit einer schwerwiegenden nationalen Aufgabe zu belasten, bei deren Erledigung sie durch Taten beweisen müßte, ob Bebel's Worte zu Jena irgendeinen realen Wert haben. Ob freilich diese Anregung noch praktisch durchführbar ist, läßt sich nicht ganz übersehen. Der Beginn der Herbsttagung des Reichstages ist durch den Präsidenten Grafen Schwerin erst auf den 17. Oktober anberaumt worden, so daß kaum mehr als sechs bis acht Wochen für die Erledigung des umfangreichen Reskriptpakets im alten Reichstage zur Verfügung stehen. Insgesamt harren noch folgende Entwürfe der Verabschiedung: Strafprozeßordnung usw. (zweite und dritte Beratung), Hausarbeitsgesetz (zweite und dritte Beratung), Änderung der §§ 114a usw. der Gewerbeordnung (zweite und dritte Beratung), Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes (zweite und dritte Beratung), Änderung des Strafgesetzbuchs (dritte Beratung), Arbeitskammergesetz (dritte Beratung). Außerdem sind aus der Kommission noch nicht zur zweiten Lesung ans Plenum gelangt: Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung der Fernspreckgebührenordnung; Entwurf eines Gesetzes betreffend die Tagegelber usw. der Kolonialbeamten; Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderung des Gerichtskostengesetzes; Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes; Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben; Gesetzentwurf gegen Mißstände im Heilgewerbe; Gesetzentwurf über die Ausgabe kleiner Aktien. Endlich ist der Entwurf über die Privatbeamtenversicherung angekündigt. Zieht man in Betracht, daß die Aufmerksamkeit und Arbeitskraft der Abgeordneten obendrein noch durch den Wahlkampf in Anspruch genommen ist, so wird man kaum wagen, dem Reichstage noch eine besondere Aufgabe zuzumuten. Immerhin! vielleicht gibt es doch Argumente, die stärker sind als die angeführten.

In der abgelaufenen Woche ist auch der lange angekündigte Wechsel im Oberpräsidium der Provinz Posen durch den König von Preußen angeordnet worden. Herr v. Waldow tritt nach fast neunjähriger, von Erfolgen gelohnter Tätigkeit auf dem heißumstrittenen Boden der Ostmark von seinem Posten zurück, um das bequemere Oberpräsidium in Stettin zu übernehmen. Von deutscher Seite folgen dem Scheidenden viele herzliche Wünsche für ein ferneres Wohlergehen und tiefgefühlter Dank für das mannhaft, zielbewußte und kluge Eintreten in der deutschen Sache. Auch wir, die oft an seiner Seite gestanden, wünschen ihm nach all dem Kampf einen behaglichen Lebensabend, der sich ihm wohl um so schöner

gestalten wird, je besser das von ihm geförderte Werk sich unter seinem Nachfolger entwickelt. Ob solches mit einigem Anspruch auf Wahrscheinlichkeit erwartet werden darf, läßt sich jedoch noch nicht ohne weiteres annehmen. Einstweilen muß es als ein schweres Wagnis empfunden werden, daß ein Mann, der sich in so hohem Maße das Vertrauen des Deutschtums zu erwerben verstand, durch einen den Deutschen in der Ostmark Unbekannten ersetzt wird, gerade in einem Augenblick, in dem alle Anzeichen auf eine Abkehr von den bisher in der Ostmarkenfrage befolgten Prinzipien hindeuten. Der bisherige Unterstaatssekretär im Kultusministerium, Erzellenz D. Schwarzkopff, wird unter solchen Umständen mit vielfachem Mißtrauen empfangen werden, und die Posener Deutschen werden es ihm so lange entgegenbringen, bis er zeigt, ob er auf dem Boden des bisherigen Kurses steht. — Immerhin wird man wohl gerade in diesem Falle gut tun, das offene Mißtrauen noch zurückzuhalten. Die Ernennung Schwarzkopffs scheint nach verschiedenen Anzeichen doch nicht ohne weiteres als Abkehr vom bisherigen Kurs aufgefaßt werden zu dürfen. Schon die Bemerkung der Kreuzzeitung (Nr. 442), daß diese Ernennung keinerlei politische Bedeutung habe, will es uns scheinen lassen, als sei das Gegenteil der Fall und als käme der neue Oberpräsident mit solchen Instruktionen nach Posen, die den Gegnern der Enteignung z. B. nicht ganz willkommen sind. Warten wir darum ab. In einigen Tagen wird eine eingehende Besprechung der beteiligten preussischen Ressorts über die Polenfrage stattfinden, und im Anschluß daran werden wohl amtliche Veröffentlichungen erfolgen, die uns den weiteren Weg der Ostmarkenpolitik deutlich aufzeichnen werden. Bei dem Einfluß, den die Delbrück'schen Auffassungen von einer Polenpolitik in den maßgebenden Kreisen Berlins erhalten haben, wird wahrscheinlich nicht alles gut geheißsen werden, was der Bülow'sche Kurs mit sich gebracht hat. Aber es scheint doch verfrüht, schon heute von einem Bruch mit den bewährten Mitteln sprechen zu wollen. Herr Gramsch ist Präsident der Ansiedlungskommission geblieben, und Erzellenz Schwarzkopff gilt als ein genauer Kenner der kulturellen Seite der Ostmarkenfrage.

G. Cl.

Auswärtige Angelegenheiten

Der Marokko-Handel — Der Fall Cartwright — Italien und Tripolis — Aufregung in Konstantinopel — Stolypins Nachfolger

Die auswärtige Politik steht noch immer unter dem Druck der Marokkofrage, wenn auch in dieser Beziehung eine allgemeine Beruhigung einzutreten beginnt. Selbst in alldeutschen Kreisen gewinnt die Auffassung an Boden, daß es sich in Marokko nicht um eine nationale Ehrenfrage, sondern um ein reines Handelsgeschäft handle. — Auch der Fall Cartwright hat inzwischen seine Erledigung gefunden und zwar für die deutsche Diplomatie nicht ohne einen humoristischen Beigeschmack. Wie erinnerlich, verzögerte sich die Antwort auf die deutsche Anfrage in London einige Tage, weil die leitenden englischen Persönlichkeiten sich auf ihre Landsitze zurückgezogen hatten. Herrn Cartwrights böses Gewissen sah darin ein schlechtes Symptom für seine Sache und schwächte durch seinen Privatsekretär, der im Nebenamt auch britischer Konsul in München ist, die Angaben der Neuen Freien Presse ab, mit anderen Worten: er gab die Tatsache der Unterredung

zu, wenn er auch nachträglich ihren vollen Inhalt nicht wahr haben wollte. Dann kam die amtliche Erklärung, der Wiener Botschafter stehe den Angaben in der Neuen Freien Presse vollständig fern, und die deutsche Regierung konnte mit Vergnügen feststellen: „Die Angelegenheit ist zu unserer vollsten Befriedigung erledigt!“

Der Fortgang der Marokkoverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich hat eine andere Frage aus dem Dunkel der Vergessenheit gezogen, die tripolitanische. Italien hat sich bekanntlich seine Frankreich förderliche Haltung auf der Algeciras-Konferenz bezahlen lassen durch ein Abkommen wegen Tripolis, in dem den Italienern zugestanden wird, daß sie sich dort nach Belieben einrichten könnten, ohne eine Störung von Seiten Frankreichs befürchten zu müssen. Nun scheint den Italienern der richtige Zeitpunkt für die Realisierung des Vertrages gekommen zu sein. Sie fürchten, daß Frankreich zu schnell mit dem marokkanischen Brocken fertig werden und alsdann selbst seine Augen auf Tripolis werfen könnte. Darum präsentieren sie jetzt den Algeciras-Wechsel. Frankreich kann ihn aber nicht einlösen, da Tripolis der Türkei gehört und deren Regierung nichts von einer Abtretung von Tripolis wissen will, obwohl es angesichts der sonstigen Schwierigkeiten vielleicht das Beste für die Türkei wäre, wenn es Tripolis und auch Kreta einstweilen auch formell preisgäbe. Die Angelegenheit, die sehr schön hätte insgeheim erledigt werden können, ist der englischen Diplomatie zu Ohren gekommen, die natürlich nichts Eiligeres zu tun hat, als auf der einen Seite Italien mißtrauisch gegen Frankreich zu machen und auf der anderen den Chauvinismus in der Türkei zu reizen. Beides scheint zu gelingen. Die Türken tragen wenigstens in Konstantinopel eine starke Erregung zur Schau. In Italien ertönten zwar anfangs noch einige verständige Stimmen, die zur Ruhe und zu Vertrauen in die Zukunft mahnten, aber auch dort ist die nationale Eitelkeit geweckt und die Regierung beschwichtigt nicht nur nicht, sondern macht Truppen mobil und Schiffe seeflar. Die tripolitanische Frage dürfte somit in den nächsten Wochen Gegenstand vielfacher Erörterung und diplomatischer Schwierigkeiten werden, die auf die Beziehungen der europäischen Großmächte nicht ohne Einfluß bleiben können. — —

Das Hinscheiden Stolypins hat für Rußland die Frage nach einem neuen Ministerpräsidenten akut gemacht. Gestern, Sonntag, ist der bisherige Finanzminister Kokowzow unter Beibehaltung seines Portefeuilles zum Nachfolger Stolypins ernannt. Wir könnten die Wahl, wenn sie nicht etwa nur ein Provisorium bedeutete, so sympathisch die Persönlichkeit als solche ist, im Interesse Rußlands nicht gut heißen. Kokowzow wird mit genau denselben Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wie sie Stolypins Werk aufhielten und wie sie im Zeitartikel dieses Heftes näher dargetan sind. Nach wenigen Monaten wird Kokowzow wahrscheinlich bei allen Parteien entweder ebenso unbeliebt sein wie Stolypin es zuletzt war, oder er müßte Werkzeug einer Clique werden. Zum Reformator des Ministeriums des Innern taugt er noch weniger wie Stolypin, weil er dies Ressort nicht kennt. Diese Aufgabe scheint ja allerdings einer anderen Persönlichkeit vorbehalten zu sein. An die Stelle Stolypins gehört entweder ein Mann aus der russischen Gocharistokratie mit weit verzweigten Familienbeziehungen, die es ihm ermöglichen, in liberaler Weise Männer für die höchsten Verwaltungsposten zu gewinnen, oder ein gebildeter Soldat — beide ausgerüstet mit diktatorischer Gewalt und bereit,

diese in jeder Richtung zu gebrauchen. Die brennendste Frage ist in Rußland für die nächsten Jahre die Judenfrage. Ihre Lösung in einem für die Juden günstigen Sinne hieße aber ganz Rußland diesem starken Volke ausliefern. Und der Zar, der das wagte, würde sein Reich in Flammen setzen. Das soll man im Auge behalten, wenn man die russische Regierung wegen ihrer Judenpolitik verurteilt. Auf dem jüdischen Problem lasten die Sünden von Jahrhunderten. G. E.

Bank und Geld

Die Ara der Diskonterhöhungen — Der französische Geldmarkt und die Bank von Frankreich — Kurssturz der Steelaktien — Teuerungsfragen — Der Kursstand der Staatsanleihen

Nachdem die deutsche Reichsbank den schon längst vorausgesehenen Schritt getan und ihren Diskont von 4 auf 5 Prozent erhöht hat, ist unter den großen europäischen Notenbanken ein wahres Wettlaufen um den Zinsfuß entstanden. England, Österreich, Belgien, Italien und schließlich auch die Bank von Frankreich haben Schlag auf Schlag dieselbe Maßregel ergriffen und damit deutlich der Welt vor Augen geführt, daß auf dem Geldmarkt jetzt Schmalhans Küchenmeister zu werden beginnt. Die Gleichmäßigkeit des Vorgehens läßt ohne weiteres erkennen, daß allenthalben im wesentlichen gleichartige Verhältnisse obwalten. Es sind die üblichen Herbstbedürfnisse, welche die Verteuerung des Geldes herbeiführen, nur, durch besondere Umstände veranlaßt, in schärfer akzentuierter Weise als in früheren Jahren. Dies prägt sich besonders darin aus, daß auch die Bank von Frankreich sich diesmal in den Reigen der anderen Notenbanken eingefügt hat. Eine Diskonterhöhung in Paris ist eine Aufsehen erregende Seltenheit. Der dreiprozentige Zinsfuß ist dort gleichsam ein Standardsatz und ein Abweichen von ihm eine auffällige Maßregel. Hat doch die Bank von Frankreich diesen Zinsfuß volle sieben Jahre von 1900 bis 1907 festgehalten und ihn nur in den Zeiten jener schweren internationalen Geldkrise verlassen, um ihn zunächst auf $3\frac{1}{2}$, dann auf vier Prozent zu erhöhen, in einer Zeit, in der Deutschland und England zu einem Diskontsatz von 7 und $7\frac{1}{2}$ Prozent greifen mußten. Und nach der Wiederkehr geordneter Verhältnisse auf dem Geldmarkt hat seit 1908 das Institut wieder den alten dreiprozentigen Satz bewahrt, ohne durch die üblichen Schwankungen der Saisonbedürfnisse, die außerhalb Frankreichs stark genug sind, Erhöhungen der Bankraten zu erzwingen, nur im mindesten tangiert zu werden. Wenn also jetzt die Bank von Frankreich dem Beispiel der anderen Notenbanken folgt, so müssen schon tiefgehende Verschiebungen auf dem französischen Geldmarkte einen solchen Schritt fordern. In der Tat liegen nun derartige zwingende Gründe vor. Der Pariser Geldmarkt ist unversehens in einen Zustand der Anspannung geraten, der zu den größten Seltenheiten gehört und den Franzosen, die sich so gern auf ihre finanzielle Überlegenheit etwas zugute tun, außerordentlich überraschend gekommen ist. Wir haben auf diese Erscheinung und die durch sie veranlaßte Zurückziehung der französischen Guthaben im Ausland bereits hingewiesen. Die tieferen Gründe derselben sind darin zu suchen, daß sich die Handelsbilanz Frankreichs infolge der schlechten vorjährigen Ernte in diesem Jahr außerordentlich verschoben hat und bisher ein Minus von etwa 1 Milliarde aufweist. Zugleich hat die französische

Bankwelt sich gerade in diesem Jahr stark in ausländischen Emissionsgeschäften engagiert, die zum Teil, wie die argentinische Anleihe, sich als Fehlschläge erwiesen und zur Festlegung großer Summen geführt haben. Und endlich hat auch in Paris, wie überall, eine Unterspekulation sich breit gemacht, die große Mittel beanspruchte und in der letzten Medioliqidation ein unerhörtes Steigen der Zinssätze veranlaßte. Durch das Zusammenwirken dieser Umstände ist die Bank von Frankreich stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Ihr Goldvorrat hat sich gegen das Vorjahr um 240 Millionen und gegen 1909 sogar um eine halbe Milliarde verringert. Die Diskonterhöhung war also, nachdem der Privatsatz über den Banksatz gestiegen war und alle anderen Notenbanken ihren Zinsfuß erhöht hatten, zu einer Notwendigkeit geworden. Die große Spannung gegen den Zinsfuß in London und Berlin hätte unweigerlich zu erneuten Goldabflüssen führen müssen. Es läßt sich freilich nicht verkennen, daß die Verhältnisse durch die politische Beunruhigung und die Kriegsfurcht eine Verschärfung erfahren haben. Zwar haben sich keine Rassenstürme gezeigt, aber zweifellos hat die von Paris aus betriebene Beunruhigung des internationalen Geldmarktes auch das französische Publikum veranlaßt, bares Geld von den Banken zurückzuziehen und aufzuspeichern. So ist es denn dahin gekommen, daß man sich in Paris, nicht anders als in Deutschland, veranlaßt sah, eine offiziöse Beschwichtigungsnotiz vom Stapel zu lassen, die bestimmt war, die Befürchtungen vor einer drohenden Gestaltung der französischen Geldverhältnisse und besonders vor dem kommenden Ultimo zu zerstreuen. Glücklicherweise darf man ja nun wohl annehmen, daß die Marokkoaffäre endgiltig aus der Diskussion verschwindet und damit auch jede Veranlassung für den bisher geführten finanziellen Buschlepperkrieg entfällt. Es wird hohe Zeit, daß die Welt von den politischen Beklemmungen aufatmen kann. Ist doch dafür gesorgt, daß es an Gründen nicht fehlt, die immer neue Bedenken über die wirtschaftliche Lage heraufbeschwören.

Unter diesen spielt neben der Steuerungsfrage und deren mögliche Folgen die allmählich sehr bedenkliche Verfassung der New Yorker Börse eine wichtige Rolle. Man hatte erwartet, daß nach den scharfen Kursrückgängen der Eisenbahnwerte der Markt seine Ruhe wiederfinden werde, zumal trotz der etwas geringeren Ernte und dem rückläufigen Beschäftigungsgrad der Industrie im allgemeinen das wirtschaftliche Leben drüben keine Zeichen eines Verfalls verriet. Die Berichte aus der Eisenindustrie ließen in jüngster Zeit sogar wieder Ansätze zur Besserung erkennen, wenn sie auch ziemlich orakelhaft lauteten. Indessen ist leider der New Yorker Markt einer neuen Deroute verfallen, die vornehmlich die Aktien des Steel Trust betroffen hat. Unter riesenhaften, kaum so dagewesenen Umsätzen sind dieselben binnen dreier Tagen um zehn Prozent gefallen, nachdem sie schon vorher der allgemeinen Baisse reichlichen Tribut gezollt hatten. Wieder war es die von der Regierung gegen die Trusts befolgte Politik, welche eine solche Nervosität an der Börse zum Ausbruch kommen ließ. Man wollte wissen, daß nun auch der Steel Trust, den man bisher durch das Vorgehen der Regierung nicht gefährdet betrachtete, von einem Lösungsverfahren bedroht sei und daß der Trust diesem durch eine freiwillige Liquidation begegnen wollte. Es läßt sich schwer entscheiden, inwieweit es sich bei der Verbreitung dieser Meldung nur um ein Börsenmanöver oder eine Demonstration des Großkapitals handelt. Jedenfalls ist auch das

kapitalanlegende Publikum und nicht nur die Spekulation durch diesen Kurszusammenbruch schwer betroffen, da auch die Vorzugsaktien, die als ein sicheres Anlagepapier galten, (sie haben seit der Gründung der Gesellschaft regelmäßig 7 Prozent Dividende bezogen) in den Strudel der Brandung gerissen wurden. Diese erneute Erschütterung der New Yorker Börse ist nicht dazu angetan, auf die europäischen Mächte, die mit ihrer eigenen Sanierung genug zu tun haben, beruhigend zu wirken. Nur der Umstand, daß allenthalben nach den vorangegangenen Erregungen eine gewisse Absperrung und Erschlaffung herrscht, wird die kontinentalen Börsen vielleicht unempfindlicher machen.

In der Steuerungsfrage hat die Regierung jetzt entscheidende Schritte unternommen. Neben weitgehenden Tarifiermäßigungen für Futtermittel und Seefische sind nunmehr auch eine Herabsetzung des Maiszolles und eine Einschränkung des Einfuhrscheinsystems, vielleicht auch eine zeitweise Gestattung der Einfuhr argentinischen Fleisches ins Auge gefaßt. Es ist erfreulich, daß die Regierung den Ernst der Situation nicht verkennet und bemüht ist, der außergewöhnlichen Lage durch außergewöhnliche Maßregeln Rechnung zu tragen. Freilich kann man von der Regierung nicht unmögliches verlangen; den Notstand selbst wird sie auch durch die radikalsten Maßregeln nicht beseitigen können. Bleibt ihr doch jede Einwirkung auf die preisverteuernde und in Lagen wie der gegenwärtigen geradezu verderbliche Wirkung des Zwischenhandels verschlossen. Hier müssen in den begrenzten Umfang, der ihnen gestattet ist, die Kommunen eintreten, und das Beispiel Berlins zeigt, daß sie sich dieser Pflicht auch bewußt sind. So dürfen wir hoffen, des Notstandes wenigstens insoweit Herr zu werden, daß er sich nicht zu einer Hemmung unserer gesamten wirtschaftlichen Produktion gestattet.

In der Diskussion über den Kursstand der deutschen Staatsanleihen, die in der gegenwärtigen bewegten Zeit besonderes Interesse bietet, läßt sich nunmehr auch der Präsident der Seehandlung vernehmen. Seine Äußerungen verdienen erhöhte Beachtung schon wegen der hervorragenden Stellung von der sie ausgehen, noch mehr wegen des Umstandes, weil man wohl in den Ansichten des Seehandlungspräsidenten die Richtlinien der Politik des Finanzministeriums erkennen darf. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus sind die Darlegungen und Vorschläge der Broschüre des Herrn von Dombois erfreulich und beifallswürdig. Denn es werden alle Gewaltmittel, die eine plötzliche und dauernde Hebung des Kurses unserer Staatsanleihen bezwecken sollen, als untunlich und unzweckmäßig verworfen; weder die grundsätzliche Gegnerschaft gegen ausländische Emissionen, noch die Beschränkung der Industrieobligationen, ebensowenig die Zwangsanleihen von Banken oder Aktiengesellschaften im allgemeinen (Anlage des Reservefonds in Staatspapieren) findet Gnade vor den Augen des Verfassers. Dagegen betont er die Notwendigkeit, die in den letzten Jahren befolgte Schonung des Anleihemarktes fortzusetzen, durch sogenannte kleine Mittel, unter denen die Begünstigung des Staatsschuldbuchs und eine zweckmäßige Interventionstätigkeit an erster Stelle stehen, auf eine stetige Kursentwicklung einzuwirken, und befürwortet schließlich die Heranziehung von Sparkassen und Lebensversicherungsgesellschaften für die zwangsweise Anlage ihrer Kapitalien in Staatspapieren in einem Umfang, wie er auch in diesen Blättern wiederholt vertreten worden ist. Interessant und neu sind die Mitteilungen, welche über die bisherige Interventionstätigkeit mit der Seehandlung gemacht

werden. Danach beläuft sich der jährliche Umsatz der Seehandlung in Reichs- und Staatsanleihen gegenwärtig auf mehr als eine Milliarde Mark und in den drei letzten Jahren hat das Institut allein für 176, 197 und 78 Millionen Staatsanleihen zurückgekauft. Das sind überraschend hohe Beträge, die vom laufenden Jahr ab eine Verstärkung noch dadurch erfahren können, daß die erheblich höher zu dotierenden Tilgungsfonds für Rückkaufszwecke verfügbar sein werden. Aus diesen Angaben läßt sich aber zugleich entnehmen, daß erst jene Verpflichtung der Sparkassen und Versicherungsgeellschaften, welche dem Anleihemarkt dauernde Abnehmer in annähernder Höhe jener Summen zuführen würde, die an der Seehandlung zu Rückkäufen verwendet werden mußten, dem Staatsinstitut den Weg ebnen würde für eine Kursregulierung, die auf eine allmähliche Erhöhung des Niveaus abzielen könnte. Es steht nunmehr wohl zu hoffen, daß mit dem so oft und so vielseitig erörterten Plan endlich ernst gemacht wird. Die Erfahrungen der letzten Monate sollten uns darüber belehrt haben, daß es sich um eine in Wahrheit unaufschiebbare Angelegenheit handelt.

Spectator

Bücherliste

Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums. Jahrgang 1910, Heft 4. Nürnberg, Verlagseigentum des Museums.

Brochhaus Kleines Konversations-Lexikon. Neue Ausgabe 1911. 2 Bände. Leipzig, F. A. Brochhaus. M. 24.—

Frantz, Prof. Dr. Carl: Die mutmaßliche Sprache der Eiszeitmenschen in allgemein verständlicher Darstellung. Leipzig, Hermann Voelke.

Gauviller, Ernst: Les Archives Revolutionnaires du Departement de la Moselle a Metz. Paris, Ernst Leroux.

Gauviller, Ernst: Elsäßische Verfassungs- und Verwaltungswünsche im 18. Jahrhundert. Reg., G. Striba.

Mitteilungen aus dem Germanischen Nationalmuseum. Herausgegeben vom Direktorium. Jahrgang 1910. Nürnberg, Verlagseigentum des Museums.

Kruschwitz, Dr. Hans: Die Baugeldbeschaffung für städtische Wohnhausbauten in Dresden und Baugen. Leipzig, Dunder & Humblot. M. 2.—

Aus Natur und Geisteswelt. Band 356. Das Altertum im Leben der Gegenwart. Von R. Cauer. M. 1.25.

Schoenenberger, Dr. med. und W. Siegert: Was junge Leute wissen sollten und Eheleute wissen müßten. Verlag Lebenskunst-Heilkunst. M. 3.—

Feuerbach, Anselm: Seine besten Gemälde, Studien und Handzeichnungen in 80 Bildertafeln. München, Franz Hanfstaengl. M. 30.—, einzeln M. 0.50.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Aufnahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

- 550. Bürgermeister, 1. 1. 12 (4000 M.), Pommern.
- 551. Hauslehrer, bald, f. 2 Kinder, Prov. Brandenburg.
- 552. Hauslehrer, bald, f. 2 Knaben, Brandenburg.

- 553. Hauslehrer, Theologe oder Altphilologe, Mitte Oktober, für 2 Sekundaner, Mecklenburg.

B. Für Damen.

- 554. Erzieherin, 20. 10., f. 10jähr. Mädch., Pommern.
- 555. Erzieherin, mus., gepr., ev., bald, f. 2 Kinder, Westpr.
- 556. Lehrerin, erf., f. Mädchenprivatschule (1800 M.), Sprachen, Gelang, Turnen, Ostpr.
- 557. Erzieherin, erf., Mitte Oktober, f. 2 Kinder, Schleswig-Holstein.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.